Über Humankapital und einige seiner Familienprobleme

Christian Oswald

Die folgende Analyse des Humankapitals und einiger seiner Familienprobleme stützt sich auf die Tradition der Kritik der politischen Ökonomie von Marx, die ihr Autor für grundlegend für jegliche Kapitalkritik hält. Die vermeintliche Theorie des Humankapitals wird als die aktuelle Form bürgerlicher Ideologie dechiffriert, in der sich ein Zustand der kapitalistischen Produktionsweise reflektiert, die um ihrer Aufrechterhaltung willen strukturell Formen direkter Gewaltanwendung gerade in der sogenannten Privatsphäre bedarf. Dafür, dass die Marxsche Theorie bei vielen Kritikern des Humankapitals so wenig Beachtung findet, mag es viele Gründe geben. Einen glaubt der Autor darin zu entdecken, dass Feminismus und Marxismus sich auseinander entwickelt haben.

1. Vorbemerkung zum Verfahren der Ideologiekritik

Ideologiekritik ist Kritik falschen Bewusstseins. Das reicht aber nicht. Sie hat die falschen Kategorien, die konstitutiv sind für die Art und Weise, wie dem Bewusstsein die wirklichen, wesentlichen Verhältnisse erscheinen, selbst zu konstruieren und darzustellen, wie unter Bedingung kapitalistischer Produktionsverhältnisse das Bewusstsein notwendig solchen Mystifikationen verfällt. Weder ist der Überbau von der Basis kausal abzuleiten, noch stehen sie im Verhältnis der Wechselwirkung zueinander, sondern sie sind widersprüchlich in sich und darum gegeneinander. Ihre dialektische Beziehung erfasst Marx in der Figur der Verkehrung (vgl. Marx 1976, S. 559). Sie bildet auch das methodische Zentrum der folgenden Darstellung der Ideologie des Humankapitals, denn Verkehrung ist auch hier am Werk: In der Ideologie des Humankapitals wird die Arbeitskraft außerhalb des Produktionsprozesses mit ihrem Widerpart Kapital identisch gesetzt.[1]

Will Ideologiekritik nicht nur modisch auf der Höhe ihrer Zeit sein, sondern sich ihre kritische Qualität bewahren, muss sie ihren Gegenstand, das

1 Vgl. das Kapitel „Verdinglichung“ in diesem Aufsatz.

falsche Bewusstsein ihrer Zeit, ernst nehmen und seine Veränderung als Index gesellschaftlicher Veränderung begreifen lernen. Nur so wird sie dem Begriff der Ideologie gerecht, demzufolge das Bewusstsein selbst Moment jener Wirklichkeit ist, die es in verkehrter Form darstellt. Ökonomische Kategorien wie die des Humankapitals sind, um es mit Marx zu sagen, objektive Gedankenformen. Sie sind nicht nur die Form, in der der Kapitalist den wirtschaftlichen Prozess denkt, sondern auch die des Denkens des Arbeiters und damit der Kitt, der alles zusammenhält.

Der Transformationsprozess der ökonomischen Wissenschaft, der die Kategorie des Humankapitals zeitigt, ist von dem gesellschaftlichen Transformationsprozess, der sich darin reflektiert, und dieser wieder von dem Transformationsprozess zu unterscheiden, dessen Resultat das vermeintliche Humankapital sein soll. Zwar bilden die unterschiedenen Prozesse eine Einheit, aber diese erschließt sich erst vom letzten aus, der der Sache nach der Produktionsprozess der Ware Arbeitskraft ist.

Humankapital ist jedoch ein „imaginärer Ausdruck“ (Marx 1976, S. 559), ein Widerspruch in sich. Es ist nicht möglich, diese Kategorie zu denken und sie ist dementsprechend auch nicht geeignet, einen wie immer gearteten Produktions- oder Transformationsprozess, theoretisch adäquat zu erfassen. Sie verdeckt zugleich das, was sie thematisiert. Die Erziehungs-, Bildungs- und Erkenntnisprozesse, die die Wirtschaftswissenschaftler nun als ihren ureigensten Gegenstandsbereich usurpieren, erfassen sie nur unter dem Titel von Investitionen in das, was sie Humankapital nennen. Wie das investierte Kapital aus seiner Normal-, der Geldform, sich in die Form des Arbeitsvermögens verwandelt, muss ihnen sowohl materialiter als auch ökonomisch verschlossen bleiben.

2. Entfaltung des ideologiekritischen Potentials des frühen Feminismus

Will man dem Geheimnis des Produktionsprozesses der Ware Arbeitskraft auf die Spur kommen, wird man auf die frühe feministische Theorie zurückgreifen müssen, die als erste die Reproduktionsarbeit thematisierte. Um die Frauenausbeutung unterm Kapitalverhältnis bewusst zu machen, musste der Feminismus allerdings die Reproduktionsarbeit zu produktiver Arbeit im Sinne des Kapitals stilisieren und gerade jenen Aspekt an ihrem Begriff negieren, der in Bezug auf die Ideologie des Humankapitals sein kritisches Potential ausmacht, nämlich, dass sie ökonomisch betrachtet immer nur die Konsumtion der Arbeitskraft vermittelt.[2]

2 Es war deshalb auch nicht allzu schwierig für die männlichen marxistischen Genossen, die Ausbeutung der Frauen zu einem Nebenwiderspruch der gesellschaftlichen Verhältnisse herabzusetzen.

Der Wert der Arbeitskraft ist bei Marx durch den Wert der Lebensmittel bestimmt, derer sie zu ihrer Reproduktion bedarf, also durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die durchschnittlich zu deren Produktion aufgewendet werden muss. An der Konsumtionszeit interessiert unter kapitalistischen Bedingungen die Ökonomen nur, dass sie möglichst kurz gehalten wird. Tatsächlich enthält sie auch einen produktiven Anteil. Lebensmittel im wörtlichen Sinn müssen zubereitet, länger haltbare wie Kleidung oder Wohnung gepflegt, sauber und instand gehalten werden. In der sich an der bürgerlichen Familie orientierenden Arbeiterfamilie übernahm traditionell diese Arbeiten die Frau. Der reinen Theorie nach entspricht der Lohn nicht nur dem Wert der Lebensmittel, die zur Reproduktion der individuell mit diesem Lohn bezahlten Arbeitskraft nötig sind, sondern enthält auch eine gesellschaftliche Komponente. Denn ist die Arbeitskraft im Laufe eines Arbeitslebens verschlissen, muss sie ersetzt werden. Da die Frau wesentlicher Produktionsfaktor für die Erzeugung des Ersatzes ist, in der traditionellen Familie seine Pflege und Aufzucht und die Reproduktion der männlichen Arbeitskraft gewährleistet, muss deren Lohn auch den Wert der Lebensmittel für Frau und Kind enthalten. Dass die Frau in dieser Familienform, genauso wie ihr Mann im Betrieb, längere Zeit arbeitet, als in den für ihren Unterhalt gedachten Lebensmitteln vergegenständlicht ist, bedeutet nur, dass sie Gratisarbeit fürs Kapital leistet. Da sie aber in keinem direkten Verhältnis zum Kapital steht, wird auch kein Mehrwert produziert, sondern der Lohn niedrig gehalten, was die Rate des aus ihrem Mann ausgepumpten Mehrwerts erhöht. Obwohl also im Haushalt gearbeitet wird, ist diese Arbeit im Sinne des Kapitals nicht produktiv. Zwar fungiert das Produkt dieser Arbeit später als Ware auf dem Arbeitsmarkt, aber weder ist es Kapital in Warenform, noch ist sein Produktionsprozess, solange er sich in der Privatsphäre der Familie vollzieht, kapitalistisch organisiert.[3]

Das, was die feministische Theorie als erste und mittels rationaler ökonomischer Kategorien ins Auge fasste, lässt sich neu denken und muss neu gedacht werden, wenn die patriarchal vermittelte Ausbeutung nicht mehr den Dreh- und Angelpunkt der Betrachtung bildet.[4] An einem neoliberalen Gedankenspiel soll dies verdeutlicht werden.

---

3 Falsch an der Reduktion auf einen Nebenwiderspruch – abgesehen von den methodologischen Schwierigkeiten, die mit einer Einteilung in Haupt- und Nebenwidersprüche verbunden sind – war deshalb nicht, die Ausbeutung der Frauenarbeit begrifflich als Verlängerung des Kapitalverhältnisses in die Arbeiterfamilie zu fassen, sondern die real stattfindende gesellschaftliche Abstraktion von der Reproduktionsarbeit theoretisch zu reproduzieren, indem man ihre begriffliche Entwicklung zu einem Appendix des Marxismus degradierte.

4 Tove Soiland (vgl. ihren Beitrag in diesem Heft) und Nancy Fraser (vgl. 2005) kommen gewissermaßen aus der entgegengesetzten Richtung, nämlich vermittels einer immanenten Kritik an der theoretischen Entwicklung des Feminismus in den letzten dreißig Jahren, zu einem ähnlichen Ergebnis. Ihnen zufolge sollte der Feminismus sich wieder der Analyse ökonomischer Verhältnisse zuwenden, um aus der Sackgasse heraus zu gelangen, in die er sich durch seine kulturalistische Wende hineinmanövriert hat.

Der Produktionsprozess der Ware Arbeitskraft muss nicht notwendig als ein familiärer vonstattengehen. Nichts steht dem theoretisch im Wege, sich vorzustellen, dass die bisherige familiäre Reproduktionsarbeit von Erzieherinnen und Lehrerinnen erledigt wird, die in kapitalistisch betriebenen Kinderkrippen, -gärten und Schulen die entsprechenden Dienstleistungen zum Zweck der Verwertung privater Kapitale erbringen. Die Reproduktionsarbeit wäre so zumindest formell dem Kapital subsumiert und würde Mehrwert generieren. Die Ziele des frühen Feminismus hätten sich auf perverse Art verwirklicht, die Frauen würden selbständig als Angestellte fungieren und die patriarchale Vermittlung ihrer Ausbeutung wäre durch ihre direkte ersetzt. Durch den Verkauf solcher Dienstleistungen an die Eltern der Zöglinge würde der produzierte Mehrwert durch das Schul- oder Kindergartenunternehmen realisiert. Der Prozess wäre damit abgeschlossen. Das vorgeschossene Kapital wäre verwertet und es hätte sich auch Arbeit in der zukünftigen Arbeitskraft vergegenständlicht, es wäre aber, und das ist nun der entscheidende Punkt, kein Humankapital im Wortsinne gebildet worden. Denn der Schulunternehmer realisiert den produzierten Mehrwert durch Verkauf der Dienstleistungen seiner Angestellten, nicht durch Verkauf der Ware Arbeitskraft, die in dem Prozess gebildet wurde.

Vom Standpunkt des Arbeitsgegenstandes, der bearbeiteten Arbeitskraft, stellt sich der gesamte Vorgang als pure Konsumtion dar, wenn auch, da sie selbst dabei arbeiten muss, als eine Art produktiver Konsumtion. Selbst wenn eine solche Arbeitskraft aufgrund ihrer Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt einen höheren Preis erzielte, würde damit doch nur zurückgezahlt, was die Eltern verausgabt hätten. Denn diese bezahlten die Erziehungs- oder Bildungsdienstleistung zu deren Wert. Profit machte allein der Unternehmer durch Ausbeutung der Erzieher- und Lehrerinnen.

Der Prozess der Produktion der Ware Arbeitskraft wäre also auch unter der Bedingung seiner zumindest formellen Subsumtion unters Kapital ein anderer als der ihrer Anwendung, durch die einzig Wert verwertet wird. Einmal ist sie das Produzierte, das andere Mal das Produzierende. Unter der Voraussetzung privatwirtschaftlicher Organisation beider Prozesse wäre dann auch davon auszugehen, dass verschiedene Kapitale in den verschiedenen Prozessen engagiert wären. Den Erziehungs- und Bildungsunternehmern könnte tendenziell gleichgültig sein, ob sich die gebildete Arbeitskraft später auch verkaufen und anwenden lässt. Humankapital stellt sie nur für die Unternehmer dar, die durch sie ihr Kapital verwertet sehen möchten. Die sind aber nicht die Kunden der Erziehungs- und Bildungskapitalisten, können ihnen mithin nicht einmal die Einhaltung gewisser Qualitätsstandards bei der Produktion abverlangen.

Das gesamtgesellschaftliche Bedürfnis an anwendbaren Arbeitskräften kann sich nur gesamtgesellschaftlich artikulieren. Unter der Bedingung privatwirtschaftlicher Organisation der Reproduktion, dem Traum aller Neolibe-

ralen, bedeutete dies, dass die Erziehungs- und Bildungsunternehmer vom Staat dazu gezwungen werden müssten, für die geforderte Anwendbarkeit der Arbeitskräfte zu sorgen – der Alptraum aller Neoliberalen.

Das Bindeglied zwischen den beiden beschriebenen Prozessen bildet die Arbeitskraft selbst. Sie als Käufer und Kunde der Erziehungs- und Bildungsdienstleistungen kann von ihren Produzenten verlangen, dass sie ihre zukünftige Anwendbarkeit garantieren. Sie muss ihre eigene zukünftige Ausbeutung zur eigenen Sache machen, nur so bewährt sie sich als mündiger Arbeitskraftverkäufer. Dieses Bedürfnis hat sie jedoch nur als durch ökonomischen Zwang vermitteltes. Soweit es sich um potentielle, zukünftige Arbeitskräfte, also um Kinder, handelt, die eben diesen Zwang noch nicht verinnerlicht haben, was ja erst das Resultat ihrer Erziehung sein kann, müssen ihre Rechtsvertreter diesen Anspruch geltend machen, sowohl ihnen selbst gegenüber als auch gegenüber jenen, an die sie zumindest Teile der Erziehungsarbeit delegieren. Ob die Eltern dieser Aufgabe gewachsen sind, ist fraglich. Auf alle Fälle wird in dieser Konstellation die traditionelle Familie, die auch einen gewissen Schutz gegen die Gesellschaft bieten sollte, zersetzt. Die Ideologie des Humankapitals beinhaltet den keineswegs mit irgendeiner liberalen Vorstellung vom Kapitalismus kompatiblen Übergriff des Kapitals auf das ihr Andere, die Arbeitskraft, in dem Verhältnis, das es ist, und damit auf einen Bereich der Gesellschaft, der sich nicht vollständig kapitalisieren lässt. Die Antagonismen, die die Identifikation der Arbeitskraft mit Kapital generiert, müssen mittels direkter Gewalt ausgetragen werden, sei es elterliche oder staatliche.

3. Zur Geschichte der Ideologie des Humankapitals

Die Neoklassik, der auch die Ideologie des Humankapitals zuzurechnen ist, stellt sich als Fortsetzung und zugleich Erneuerung der klassischen Wirtschaftslehre dar. Um die von letzterer behauptete Harmonie der Produktionsverhältnisse zu wahren (vgl. Marx 1983, S. 3), musste die Neoklassik zugleich die von Marx kritisch zu Ende gedachte Arbeitswertlehre der Klassiker in Bausch und Bogen verwerfen und durch eine subjektive Wertlehre vom Grenznutzen ersetzen. Die Grundlage der klassischen Theorie, deren dialektische Konsequenz zur Forderung nach Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft führte, musste beseitigt werden, sollte die politische Ökonomie als bürgerliche Wissenschaft weiterbestehen können. Nun kommt dies objektiv einer Rettung einer obsoleten Denkform gleich und die Neoklassik trägt dementsprechend alle Züge schaler Apologetik bestehender Verhältnisse, aber zugleich ist sie der theoretische Reflex darauf, dass jene Konsequenz sich gesellschaftlich nicht einstellte. Eine hochdynamische Gesellschaftsfor-

mation wie der Kapitalismus verharrt im Zustand gesellschaftlicher Stagnation und verdammt die bürgerliche Wissenschaft, deren sie zur Selbstreflexion bedarf, zum Weiterwursteln.

So entstand, bezogen auf die Geschichte der Ökonomie, ein seltsames theoretisches Konstrukt, in dem immer dort, wo es um den Markt und seine Wirksamkeit als gesellschaftlichem Regulationsmechanismus geht, auf die Klassiker Smith und Ricardo zurückgegriffen oder zumindest auf sie verwiesen wird, während alle Überlegungen dieser beiden zu den Bedingungen der Tauschvorgänge auf dem Markt beiseite gesetzt werden.

Der Gegensatz zwischen Klassik und Neoklassik ist einer der Sache. Dem, was ihr zufolge der Erneuerung bedarf, hält die Neoklassik vor, dass die sogenannte objektive Arbeitswertlehre ein Ideelles, den Wert, zum Wesen eines Dings, der Ware mache. Dagegen sei der Wert aus der subjektiven Schätzung abzuleiten, also etwas, das den Warendingen vom Subjekt äußerlich angeklebt wird wie ein Preisschild. Die nominalistische Kritik trifft den Grund aller Mystifikationen, die der klassischen Theorie zu eigen sind. Sie verfehlt hingegen, dass die metaphysischen Mucken nicht die eines falschen Ausgangspunktes der Theorie, sondern die der ökonomischen Formbestimmung der Dinge unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen sind. Wäre der Wert nicht vergegenständlichte abstrakte Arbeit und die Arbeitskraft selbst eine Ware, wäre auch der Markt eben nicht jener allgemeingültige und notwendige Regulationsmechanismus, den die Neoklassik sich wünscht. Der Wert ist eine Abstraktion, aber eine Realabstraktion. Marx‘ Entdeckung, dass es sich bei den ökonomischen Gegenständen um paradoxe, widersprüchliche, weil sinnlich übersinnliche Dinge handelt, um das handgreifliche Dasein vermeintlich metaphysischer Entitäten, und dass die Sachen nur unter bestimmten, nämlich kapitalistischen Produktionsverhältnissen diesen Charakter haben, bleibt der Neoklassik gänzlich unbegriffen (vgl. Marx 1976, S. 86). Die undialektische, rein verstandesmäßige Entgegensetzung zur Klassik treibt deren Mystifikationen, gegen die sie erfunden war, nur weiter.

Was sie vorne hinausgeworfen hat, nämlich die abstrakte Arbeit als Substanz des Werts, führt sie hinten wieder ein, unter der Kategorie des Humankapitals.[5] Es ist der Treppenwitz der Neoklassik, dass sie in ihrem Ausläufer,

5 Foucault bemerkt auch den Sachverhalt, dass die Neoklassiker unter dem Titel des Humankapitals die Arbeit in die ökonomische Analyse wieder einführen. Allerdings referiert er nur deren Kritik an der Klassik, die sie zugleich als eine an Marx missverstehen. Diese Kritik richtet sich aus der Sicht der Neoklassik folgerichtig gegen die Abstraktheit der Arbeit als Wertsubstanz. Diese Abstraktheit wird allerdings als Fehler der klassischen Theorie angekreidet und nicht als Charakteristikum wertsetzender Arbeit begriffen. Da Foucault weder die ökonomische Kategorie des Humankapitals noch die Neoklassik als ökonomische Theorie kritisch analysiert, sondern nur deren Selbstverständnis reproduziert und sich mit dem theoretischen Phänomen zufriedengibt, entgeht ihm auch der theoriegeschichtliche Zusammenhang, dass die Neoklassik nicht, wie sie selbst vorgibt, einen Mangel der Arbeitswertlehre, sondern ihren eigenen Mangel an derselben korrigiert (vgl. Foucault 2004, S. 306).

der sogenannten Theorie des Humankapitals, die Arbeit als Quelle des Produktivitätsfortschritts des Kapitals herausstellt. Sie tut dies allerdings, indem sie sie in ihrer ansich-seienden Form fokussiert, als bloße Potenz der Arbeit, als Arbeitskraft, als Hort zukünftiger Produktivität oder Quelle von Mehrwert. Und eine solche Quelle ist sie ihr nur, insofern sie zu einem Arbeitsvermögen ausgebildet wurde; weil sich Arbeit in der Arbeitskraft vergegenständlicht hat und sie so selbst offenbar zu Kapital wurde. Die ausgebildete Arbeitskraft erscheint als Arbeitsvermögen in seinem sprachlichen Doppelsinn in der ihm gegensätzlichen Form, nämlich als Kapital.

4. Verdinglichung

Die Kategorie des Humankapitals ist eine ökonomische Kategorie, der die Verdinglichung auf der Stirne geschrieben steht. Indem die Arbeit in der Form der Arbeitskraft mit Kapital identifiziert wird,[6] fällt das dem Kapital gegensätzliche Relatum des Kapitalverhältnisses aus, mit der gedoppelten Konsequenz, dass sich das Kapital nicht länger als Verhältnis begreifen lässt und die Arbeit vollständig aus der Betrachtung verschwindet, indem sie zu einer Funktion von im Arbeitsvermögen vergegenständlichter Arbeit gemacht wird.

Arbeit ist immer gegenständliche Tätigkeit; ohne Produktionsmittel und Rohstoff existiert sie nicht. Ebenso wenig sind irgendwelche Dinge Produktionsmittel, wenn sie nicht bezogen sind auf die Arbeit. Die Arbeit an sich ist die Arbeitskraft, reine Subjektivität oder die bloße Potenz oder Nichtwirklichkeit der Arbeit (vgl. Marx 1983, S. 199). Als selbständiger Produktionsfaktor ist die Arbeit bereits als Lohnarbeit gesetzt. Die allgemeine Bedingung kapitalistischer Produktion ist, dass die unmittelbaren Produzenten getrennt sind von den gegenständlichen Bedingungen ihrer Produktion. Nur aufgrund dieser ihrer ‚Freiheit' sind sie gezwungen, nicht ihre Arbeit, sondern ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Das Kapital ist, solange es sich die Arbeitskraft noch nicht einverleibt hat, ebenfalls nur Kapital an sich, von den Produzenten getrennte Produktionsmittel, die ihrer Verwertung harren. Kapital und Lohnarbeit stehen, bevor der Produktionsprozess beginnt, in negativer Beziehung zueinander. Negativ ist die Beziehung, weil sie getrennt voneinander sind; bezogen sind sie aufeinander, weil der Lohnarbeiter seine Arbeitskraft verkaufen muss, wenn er existieren will, und weil das Kapital sich die Arbeitskraft einverleiben muss, wenn es Kapital sein, d.h. sich verwerten soll.

Dass er nur die Ware Arbeitskraft anzubieten hat, macht den Träger derselben zum Gegenspieler des Kapitalisten und seine Arbeitskraft zum Nicht-

6 Die Identifikation ist die unmögliche Vervollkommnung dessen, was Marx (vgl. 1969, S. 45ff.) die Subsumtion der Arbeit unters Kapital genannt hat.

Kapital. Denn nicht er wendet seine Arbeitskraft an sondern ihr Käufer, der Kapitalist, und nur diese Anwendung produziert Wert und zwar mehr Wert als der Kauf der Ware Arbeitskraft kostet. Selbst wenn die Arbeitskraft zufälligerweise über Produktionsmittel verfügt und als selbständiger Produzent auftreten kann, wirkt sie nur vergleichsweise und innerhalb einer durchkapitalisierten Gesellschaft wie ein Kapitalist. Die Selbstausbeutung der individuellen Arbeitskraft generiert so wenig Kapital, wie die Fiktion einer Gesellschaft unabhängiger einzelner Privatproduzenten eine kapitalistische Gesellschaft ergibt (vgl. Smith 1974, S. 25). Nicht die individuelle, sondern die gesellschaftlich notwendige Arbeit ist die Substanz des Werts und das Kapitalverhältnis ist ein gesellschaftliches Verhältnis, kein individuelles Selbstverhältnis.

Erst die gekaufte Arbeitskraft bildet einen Bestandteil des Kapitals, nämlich das von Marx so genannte variable Kapital. Sie ist der variable Bestandteil, insofern das in sie investierte Kapital als Index für die aus ihr auszupressende Arbeit gilt, die mehr Wert produziert als die Reproduktion der Arbeitskraft kostet. Dieser produzierte Mehrwert stellt nun einen weiteren Bestandteil des Kapitals dar, jenen, der das Kapital erst zu Kapital macht. Der Träger der Arbeitskraft hingegen kommt so aus dem Produktionsprozess heraus, wie er hineingegangen ist, als einfacher Verkäufer seiner Arbeitskraft, da sein Lohn nur das ersetzt, was die Reproduktion seiner Arbeitskraft kostet. Der materielle Reproduktionsprozess der Gesellschaft vollzieht sich dergestalt, dass auch seine besondere historische Form sich reproduziert, also seine eigene gesellschaftliche Voraussetzung, die Trennung der unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln. Auch als Bestandteil des Kapitals ist somit die Arbeitskraft niemals für sich Kapital.

Es ist aber eben dieser Reproduktionsprozess des Kapitalverhältnisses, der seine verkehrte Erscheinungsweise selbst produziert. Der Fehlschluss, auf dem die sogenannte Theorie des Humankapitals beruht, lässt sich in bereits rationalisierter Form folgendermaßen darstellen: Die wertproduzierende Arbeit ist eine Funktion der Arbeitskraft. Aber diese ist keine naturgegebene Größe, sondern selbst das Produkt von Arbeit.[7] Sie ist vergegenständlichte Arbeit und deren ökonomische Form in einer kapitalistischen Gesellschaft ist, Kapital zu sein. So ist die Arbeitskraft selbst als Arbeitsvermögen Kapital.

Dass das Arbeitsvermögen keine naturgegebene Größe ist, ist insoweit richtig, als das Kapitalverhältnis selbst einen gewissen historischen Stand der Produktivkräfte voraussetzt, der sich darin ausdrückt, dass die Arbeit länger fungieren kann als die Arbeitszeit, die zu ihrer Reproduktion gebraucht wird. Dass das Arbeitsvermögen deswegen per se Kapital sei, ist allerdings insoweit falsch, als dieser historische Stand der Produktivität der Arbeit nicht unter kapitalistischen Bedingungen hervorgebracht wurde und es sich deshalb

7 Dieser Zwischenschritt ist Schultz und Konsorten fremd und wurde von mir der Nachvollziehbarkeit wegen eingefügt. Die Arbeit taucht in den Schriften dieser Herren überhaupt nicht mehr auf, sondern an ihrer Stelle das Investment, das die Arbeit in Gang setzt.

verbietet, die Produktivität der Arbeit als solche des Kapitals zu fassen (vgl. Bensch 1995, S. 60).

Sofern allerdings der kapitalistische Produktionsprozess, einmal etabliert, sich gegen seine historischen Voraussetzungen verselbständigt und die nun kapitalistischen Bedingungen nicht nur der Anwendung der Arbeitskraft, sondern darüber hinaus zum ersten Mal in der Geschichte die der scheinbar grenzenlosen Entfaltung der Produktivität selbst setzt, erscheint er seinen heute lebenden Agenten vielleicht nicht als ewige oder natürliche, aber doch als einzigartige Form systematischer Produktivitätsentwicklung. Deren historische Bedingung macht sich auf Grundlage ihrer Ausschließlichkeit zu ihrer Ursache, und lässt nicht nur, wie in der klassischen Ökonomie die Produktivkräfte der Arbeit als solche des Kapitals, sondern das ausbeutbare gesellschaftliche Arbeitskräftepotential, das die Ideologen des Humankapitals in verdinglichter Weise als Quelle aller Produktivität ansehen, als Kapital auftreten. Der ideologische Fortschritt der Einführung der Kategorie des Humankapitals durch die Neoklassik besteht genau darin, diesen letzten Schritt auch gedanklich zu vollziehen. Die Klassik erfasste die Verwertung des Werts in ihrer gesellschaftlich verkehrten Form als geheimnisvolle Fähigkeit des Kapitals. Die Neoklassik verkehrt solche Verkehrung, und attestiert der Arbeitskraft diese Fähigkeit, aber nur, sofern sie Kapital ist. So zeigt sie sich auf der Höhe der Entwicklung des gesellschaftlichen Scheins.

5. Die theoretische Integration der Arbeitskraft

Jenen Schritt vorwärts tut sie, weil die Dynamik des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sie dazu zwingt. Stein des Anstoßes für Ökonomen wie Theodore Schultz, Gary S. Becker und Jacob Mincer, die die Kategorie des Humankapitals in die neoklassische Wirtschaftstheorie einführen, ist die objektive Schwierigkeit, das wirtschaftliche Wachstum zu messen. Da das wirtschaftliche Wachstum auf technischem Wandel beruht, dieser Wandel aber nicht nur in der Erweiterung bestehender Produktionsanlagen, sondern wesentlich auch im Ersatz alter durch neue Maschinerie besteht, kann es kein einheitliches technisches Maß geben, den Gesamtkapitalstock und dessen Vergrößerung in der Zeit zu berechnen. Auch die Wertbetrachtung führt zu keiner Berechenbarkeit des eingesetzten Gesamtkapitals, da der Produktivitätsfortschritt nicht nur das konstante Kapital verbilligt, sondern neue Maschinerie die alte auch entwertet.

Die Unvergleichbarkeit sich technisch wandelnden Kapitals motiviert die neoklassischen Ökonomen dazu, alle Versuche, den Gesamtkapitalstock zu berechnen, aufzugeben. Die ökonomietheoretische Lösung für das Wachstumsproblem soll der sogenannte Investmentansatz bringen:

„An investment approach, I am convinced, is required in thinking about economic growth. In this approach the stock of capital is augmented by investment, and the productive services of the additional capital increase income, which is the essence of economic growth. It is a major step toward a general theory, when all investment resources are incompassed and allocated in accordance with the meaningful economic standard established by the relative rates of return to alternative investment opportunities. Thus, in theory, this approach is grounded on an all-inclusive concept of investment and an accounting of all additional investment gives a complete and consistent explanation of the marginal changes in the stock of capital, of the marginal changes in the productive services from capital, and of the marginal changes in income and, accordingly, to growth" (Schultz 1971, S. 4).

Statt vom unberechenbaren Gesamtkapitalstock wird beim Investmentansatz vom jährlich verfügbaren Investitionsfond, dem akkumulierbaren Kapital ausgegangen. Der ist ‚*all-inclusive*' und setzt der ökonomischen Betrachtung und Berechnung keine Schwierigkeiten entgegen, weil hier das Kapital in seiner absolut homogenen und flüssigen Form, nämlich als Geldkapital gegeben ist.[8] Der technische Unterschied der Kapitale bzw., wenn man in Produktionssphären denkt, der verschiedenen Kapitalsorten, also die Heterogenität des Kapitals, reflektiert sich im Unterschied der zu erwartenden Ertragsraten für das zu investierende Kapital.[9]

Die Neoklassik unterzieht auf der Basis des Investmentansatzes notwendiger und berechtigter Weise auch die klassische Lehre von den Produktionsfaktoren einer Erneuerung. Diese Lehre besagt, dass die drei Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden die gegeneinander selbständigen Quellen der drei Revenuen Lohn, Zins und Rente seien und letztere die ebenso selbständigen Bestandteile, aus denen sich der Produktenwert zusammensetze. Um diese drei Faktoren auf einen Nenner zu bringen, muss man gerade von ihrer besonderen geschichtlich-sozialen Formbestimmtheit abstrahieren und sie als stoffliche Elemente des allgemeinen Arbeitsprozesses fassen, das Kapital als die produzierten Produktionsmittel, die Arbeit als die gegenständliche Tätigkeit, die sie in Gebrauchswerte verwandelt, und den Boden als die nicht-

8 Schultz führt also die gerade aufgegebene Homogenität des Kapitals, ohne es zu bemerken, mit seinem Investmentansatz wieder ein. Statt die Aporie, dass das Kapital, um seine Terminologie zu verwenden, sowohl homogen als auch heterogen zu denken ist, zum Gegenstand der Reflexion zu machen, verfällt er einfach ins andere Extrem und behauptet, dass das Kapital in sich heterogen sei. Notwendig ist aber die Homogenität des Kapitals, worunter die Klassiker verstanden, dass die Kapitale gemäß ihrer Größe am produzierten Gesamtmehrwert partizipieren, zu denken, weil ohne Ausgleich der Profitrate das akkumulierbare Kapital auf der Grundlage technisch bedingter Unterschiede in die unproduktiven Sphären fließen würde. Dann wären aber die Investitionen gerade kein Index für wachsende Produktivität.

9 Sich auf den Standpunkt des Investmentansatzes stellen zu können, setzt eine gewisse Höhe der kapitalistischen Entwicklung voraus, nämlich die Verselbständigung der Geldform des Kapitals gegen dessen Gesamtprozess, in dem es sich immer wieder aus Geld in konstantes und variables Kapital, die Elemente des produktiven Kapitals, aus diesen im Produktionsprozess in Ware und aus Ware auf dem Markt in Geld rückverwandeln muss, in sozialen Institutionen wie Banken, Börsen und Aktienfonds.

produzierten Naturbedingungen derselben. Vermittelt wird solche Abstraktion durch die irrationelle Identifizierung von Arbeit und Lohnarbeit.

Marx nennt die klassische Lehre von den Produktionsfaktoren, weil sie den Verwertungsprozess in Form des allgemeinen Arbeitsprozesses erfasst und damit verewigt, spöttisch und zugleich treffend die trinitarische Formel der politischen Ökonomie seiner Zeit (vgl. Marx 1987, S. 832). Ist die besondere ökonomische Form der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur mit deren allgemeinen Bestimmungen erst einmal gleichgesetzt, lässt sich das Verhältnis umkehren. Da die Neoklassik aufgrund der Schwierigkeit, den Gesamtkapitalstock zu berechnen, das Kapital bereits als in sich heterogen bestimmt hat, kann sie, die stoffliche Verschiedenheit der Produktionsfaktoren ebenfalls unter den Begriff der Heterogenität subsumierend, sie allesamt zu Kapital deklarieren:

„Each [of the factors of production, Anm. Ch.O.] can be viewed, however, as form of capital, but the heteregenity of capital so concieved is inconsistent with the long-standing assumption of capital homogenity. The concept of a stock that includes all forms of capital is beset with what appear to be insurmountable difficulties when it comes to specifying and measuring the totality of the stock of capital" (Schultz 1971, S. 6).

Die Revenuequelle Arbeit als Kapital zu betrachten, ist unter Voraussetzung des Investmentansatzes nur folgerichtig. Der gesellschaftliche Akkumulationsfonds setzt sich aus dem Teil des jährlich disponiblen Reichtums zusammen, der nicht zur Konsumtion aufgewendet wird. Ob angesichts temporär hoher Löhne ein Lohnanteil für schlechtere Zeiten angespart, ob ein Teil der Grundrente für späteren Konsum aufgeschatzt oder ob tatsächlich Profit akkumuliert wird, spielt hier keine Rolle mehr. Der Unterschied der Revenuen, aus denen er sich speist, ist ebenso verschwunden wie die technischen Unterschiede der Kapitale, die einmal den Ausgangspunkt des Ansatzes bildeten. Unter diesem Gesichtspunkt wird alles zu Kapital, weil alles, worin investiert wird, sich verwerten muss.[10]

Die Humankapitaltheorie beruht, um Schultz' eigene Terminologie zu benutzen, auf einer Homogenisierung der der Sache nach verschiedenen Produktionsfaktoren als Kapital und einer Heterogenisierung des Kapitals aufgrund seiner Verschiedenheit, wenn man es technisch betrachtet. Erinnert man sich daran, dass der Investmentansatz, der zur Revision der klassischen Lehre von den Produktionsfaktoren führte, dazu dienen sollte, den techni-

10 Die Grenzen zwischen Akkumulations- und Konsumtionsfonds sind allerdings, da auch die Konsumtion durch die Geldform vermittelt ist, fließend. Der Ökonom vermag kaum mehr zwischen beidem zu unterscheiden, was praktisch die Möglichkeit eröffnet, den Akkumulationsfonds auf Kosten der Konsumtion auszuweiten bzw. Teile, die dem Konsumtionsfond angehören, als Investitionen zu interpretieren. Er kann deshalb auch nicht mehr auseinanderhalten, ob Teile der Bevölkerung gezwungen sind, immer höhere Anteile ihres Lohns für Bildung auszugeben, weil diese Kosten den Eintrittspreis zum Arbeitsmarkt darstellen, oder ob sie in ihr Arbeitsvermögen investieren, um später bessere Stellen mit höheren Löhnen zu ergattern.

schen Wandel der ökonomischen Theorie zu integrieren, so bedeutet das, dass die technische Heterogenität des sich entwickelnden Kapitals in der Zeit dem gesellschaftlich vermittelten Gegensatz seiner notwendigen Teile, den Produktionsfaktoren, gleichgesetzt wird. Die Bestandteile jeden Kapitals rangieren nun neben verschiedenen Kapitalen als eigene Kapitalsorten. Die Heterogenität verschiedener Produktionssphären oder verschiedener produktiver Zustände ist die verschiedener Kapitale zueinander oder eines Kapitals zu sich in der Zeit. Die vermeintlich heterogenen Produktionsfaktoren sind jedoch notwendige Bestandteile eines jeden Kapitals und deshalb ist ihre Heterogenität von der technischen zu unterscheiden.

Der offensichtliche Fehler, im Begriff der Heterogenität gänzlich Heterogenes identisch zu setzen, hat seine gesellschaftliche Bedingung der Möglichkeit und verweist damit auf einen bestimmten Zustand der kapitalistischen Entwicklung. Aus Sicht des Unternehmensvorstandes eines Großkonzerns sind die verschiedenen Abteilungen, die in einem gemeinsamem Produktionszusammenhang kooperieren, aber technisch verschiedenartige Aufgaben zu erledigen haben, unterschiedlich produktiv und darum nicht nur sukzessiv, sondern auch simultan heterogen. Für ihn sind diese Abteilungen zudem zugleich aufgrund ihrer technischen Verschiedenheit eigene Kapitalsorten und die Bestandteile desselben Kapitals, das er verwaltet, und er wird suchen, diejenigen, die die unternehmenseigene Durchschnittsprofitrate senken, zu rationalisieren oder ‚outzusourcen', damit sie die Bilanz nicht länger belasten. Da ihm zudem der systematische Unterschied zwischen variablem und konstanten Kapital unbekannt ist, der sich nur auf der Grundlage der Arbeitswertlehre ergibt, und es ihm völlig gleichgültig ist, ob die Arbeitsmittel dazu dienen, Arbeit auszupressen oder ob die Arbeit das konstante Kapital verwertet, erscheinen ihm die Abteilungen, die Belegschaft als Ganze oder in Teilen und die Anlage als Ganze oder in Teilen als gleichgeltende Elemente eines Kapitals. Grundlage einer solchen Sichtweise und der damit verbundenen Praktiken ist die enorme technische Entwicklung der Infrastruktur, des Transportwesens und der Kommunikationsmittel. Container und Internet bahnen den Weg dafür und Großkonzernstrukturen sind ihre organisatorische Voraussetzung.

In der klassischen Lehre von den Produktionsfaktoren als eigenständigen Revenuequellen erinnerte trotz oder gerade wegen aller daraus resultierenden Widersprüchlichkeit zumindest der Begriff des Produktionsfaktors noch daran, dass ihre Elemente in einem Verhältnis zueinander stehen müssen. Ihre neoklassische Auflösung beseitigt nicht ihr Skandalon, die Verselbständigung der Faktoren gegeneinander, sondern fixiert sie, indem sie sie unterm Titel der Heterogenität des Kapitals in sich zu fürsichseienden Kapitalsorten verdinglicht. Auch hier stellt die Verkehrung der Verkehrung einen Fortschritt der Ideologie, nicht einen zur Wahrheit dar.

6. Die praktische Integration der Arbeitskraft

Die Ideologie des Humankapitals gibt der Arbeitskraft scheinbar zurück, was ihr die Neoklassik durch Ausschluss der Arbeitswertlehre genommen hatte, nämlich ihre Fähigkeit, den Wert zu verwerten. So wie ihr diese Fähigkeit aber nur zukommt, sofern sie selbst Kapital sein soll, so verdankt sich ihre plötzliche theoretische Wiederentdeckung und Aufwertung der Entwicklung ihres Widerparts, dessen, was die Ideologen des Humankapitals „non-human" (Schultz 1971, S. 19) oder „physical capital" (Becker 1993, S. 112) nennen. Dessen technische Änderung erfordert die Entwicklung und Anpassung des Arbeitsvermögens. Das Humankapital ist die Arbeitskraft, gedacht als Funktion des konstanten Kapitals. Angesichts hoher Konzentration und hoher organischer Zusammensetzung des produktiven Kapitals übersteigt der Wert von dessen konstantem Anteil den seines variablen um ein Vielfaches – von dem der einzelnen Arbeitskraft gar nicht zu reden. Da sowohl den Agenten des Verwertungsprozesses als auch den ihnen sich andienenden Ökonomen Arbeitskräfte und Maschinerie, Roh- und Hilfsstoffe als Kapital gleich gelten, müssen sie auf den sachgerechten Umgang mit dem konstanten Kapital besonderen Wert legen. Für sie stellt sich die Anwendung der Arbeitskraft als Moment der Ökonomie des konstanten Kapitals,[11] die Verwertung als Funktion der Erhaltung des Kapitals dar. Den angewendeten, individuellen Arbeitskräften erscheint in ähnlicher Weise der gegen sie verselbständigte technische Produktionsapparat, also ihre eigene gesellschaftliche Produktionspotenz, nicht als ihre Fähigkeit eine immense Masse von Produktionsmitteln zu verarbeiten, sondern als gänzlich unverhältnismäßige Übermacht, der sie sich zu unterwerfen und einzugliedern haben.[12] Vor allem aber gilt Management wie Arbeitskräften die gesellschaftliche Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise, die in immer schnellerem Takt den Wandel – Wandel ist der richtige Ausdruck, weil die Änderungen keineswegs mit Verbesserungen oder gar Fortschritt gleichzusetzen sind – des technischen Produktionsapparates erfordert und in Gang hält, als Dynamik des Apparates selbst.

Der technische Wandel objektiviert sich zwar in neuen Produktionsverfahren, ist aber eine Funktion menschlicher Produktivität und dieser von ihr verdrängte Sachverhalt herrscht der Neoklassik auf, sich mit der Arbeitskraft in Zeiten auseinanderzusetzen, in denen immer beschleunigtere Akkumulation zur Existenzgrundlage eines Kapitalismus wird, der ob seiner monopolistischen Struktur nicht länger die gewissermaßen naturwüchsigen Bedingungen eben jener technischen Entwicklung bietet. Weil im Zuge des der Logik

11 Der Begriff der Ökonomie des konstanten Kapitals wird hier gegenüber seiner Bedeutung bei Marx (vgl. 1987, S. 87) erweitert.

12 Günther Anders (vgl. 1983, S. 21ff.) zufolge äußert sich dieses Missverhältnis subjektiv als „prometheische Scham".

des Kapitalverhältnisses entspringenden Konzentrations- und Zentralisationsprozesses des Kapitals technische Innovation und deren kapitalistische Bedingung, der Wettbewerb, erlahmen, rücken sie ins Zentrum aller Aufmerksamkeit und Bemühungen derjenigen, denen an der Aufrechterhaltung der bestehenden Ausbeutungsverhältnisse gelegen ist.

Was die Theoretiker des Humankapitals, und nicht nur sie, in den 60er Jahren registrieren, ist der Sachverhalt, dass die Stabilität des kapitalistischen Produktionsprozesses entscheidend vom Wachstum der Investitionsrate und dieses wiederum von der Beschleunigung der sogenannten Innovation abhängt. Ihre Modellierung des ökonomischen Gleichgewichtes als eines dynamischen legt davon Zeugnis ab:

„Technischer Fortschritt erhöht im neoklassischen Modell über die fortschreitende Erhöhung der Arbeitsproduktivität (d.h. durch eine Verschiebung der Produktionsfunktion) die Profitabilität neuer Investitionen, die sonst unter der insgesamt realistischen Annahme eines relativ zurückbleibenden Bevölkerungswachstums langfristig zurückgehen müsste. Ein ‚ideales' Wachstumsgleichgewicht (sogenanntes ‚golden age' Wachstum) wäre dann erreicht, wenn der Substitutionsprozeß von Arbeit durch Kapital, d.h. die Vergrößerung des Kapitalkoeffizienten, durch den technischen Fortschritt glatt kompensiert würde" (Hirsch 1971, S. 73).

Ist aber einmal die Abhängigkeit der Stabilität oder des Gleichgewichts des kapitalistischen Reproduktionsprozesses vom technischen Fortschritt erkannt und zugleich erkannt, dass derselbe unter der Bedingung kapitalistischer Produktionsverhältnisse weder als eine ein für alle Mal gegebene Größe zu behandeln ist, noch als eine solche konstante Größe ausreichen würde, sondern vielmehr nur in beschleunigter Form das Gleichgewicht zu garantieren vermag, kann das ökonomische Bewusstsein nicht bei der theoretischen Modellierung stehen bleiben, es ist dann dazu gezwungen, zur praktischen überzugehen. Die Beschleunigung des technischen Fortschritts muss theoretisch und praktisch integriert werden, er muss in eigene Regie genommen werden. So wird die Ökonomie politisch.

Wie sich die praktische Integration der Arbeitskraft vollzieht und wie sie deren Produktionsprozess strukturiert, soll im Folgenden bezogen auf dessen Elemente und Phasen zumindest angedeutet werden. Die Darstellung erfolgt dabei im Krebsgang, ausgehend von der wissenschaftlichen Tätigkeit, die ausschlaggebend für den Produktivitätsfortschritt ist, über die Hochschul- und Schulbildung, die zumindest die Anwendbarkeit der Arbeitskraft sicherstellen muss, zur Erziehung in der Familie, durch die die Grundlage für die spätere Verwendbarkeit gelegt werden muss.

6.1 Die Integration der Wissenschaft

Die dem Verwertungsprozess ‚fremde' Wissenschaft fungiert in vergleichsweise frühen Phasen des Kapitalismus für diesen als Gratisdreingabe, die sich der unternehmerische Erfindungsgeist zunutze machen kann. Solange sind

die Wissenschaft und die Anwendbarkeit ihrer Ergebnisse durchaus institutionell und funktional voneinander zu trennen, vor allem auch dem Selbstbewusstsein ihrer Vertreter zufolge. Die Wissenschaft gilt als autonom. Die wissenschaftliche Forschung kann als Reservoir von verfügbaren, instrumentalisierbaren Erkenntnissen betrachtet werden.[13] Deren tatsächlicher gesellschaftlicher Nutzen hängt weniger von ihr und davon ab, ob Operationalisierbarkeit einen wesentlichen Aspekt ihrer theoretischen Arbeit bildet, als von der bestimmten Gestalt des kapitalistischen Produktionsprozesses als Großindustrie. Die gesellschaftliche Bedingung der Möglichkeit den Aufwand lohnender, einigermaßen systematischer Anwendbarkeit der wissenschaftlichen Erkenntnisse ist große Stufenleiter der Produktion (vgl. Marx 1987, S. 113). Es ist der Konzentrations- und Zentralisationsprozess des Kapitals, der die Wissenschaft aus ihrem Elfenbeinturm ‚befreit'. Für die potentiellen Anwender stellt die Nutzung der wissenschaftlichen Forschung allerdings nicht nur eine Möglichkeit dar, sondern unter Konkurrenzverhältnissen sind sie um der Erhaltung ihres Kapitals willen auch zur Nutzung gezwungen. Aber diesem Zwang sind die Kapitalisten, nicht die Wissenschaftler unterworfen. Das ändert sich, sobald die Entwicklung der Wissenschaft und Technologie zur Bedingung der dynamischen Stabilität der kapitalistischen Produktionsweise wird. Sie tritt dann das Erbe des erlahmenden Wettbewerbs an, oder richtiger: nicht der Wettbewerb zwingt zur Anwendung der Wissenschaft, sondern die wissenschaftliche Entwicklung wird zum Lebenselexier des Wettbewerbs. Das bedeutet praktisch, was Schultz die Integration des *„technical change"* nennt. Für die Wissenschaft heißt dies, dass sie nun unterm Diktat der Anwendbarkeit, vorangetrieben werden muss. Ob sie diesem Diktat vermittels einer Zunahme staatlicher Planung und Organisation des wissenschaftlich-technischen Fortschritts unterworfen wird, was einer gewissermaßen naturwüchsigen Verlängerung der Logik des kapitalistischen Zentralisationsprozesses gleichkäme, oder indem sie selbst wettbewerbsmäßig strukturiert wird, erscheint dann als Frage gouvernementaler Strategien, die sich letztendlich ergänzen (vgl. Hirsch 1971, S. 248ff. und Foucault 2004, S. 185). Der Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Variante besteht darin, dass letztere unterm Schein größerer Autonomie und Freiheit die Verinnerlichung der Ideologie vorantreibt.[14]

13 Zur strukturellen Isomorphie zwischen experimenteller Forschung und technischer Umsetzung: Vgl. Bulthaup 1973, S. 48.

14 Bereits der moderne Pädagoge Brecht beschreibt in „Der aufhaltsame Aufstieg des Aturo Ui", dass es die sicherste Art ist, jemanden vom eigenen Standpunkt zu überzeugen, ihn in Strukturen zu versetzen, die ihn nötigen, diesen Standpunkt selbst einzunehmen. (Vgl. Brecht 1991, S. 15)

6.2 Die Integration der Hochschul- und Schulbildung

Es braucht aber nicht nur Wissenschaftler, die den technischen Wandel vorantreiben, sondern auch gebildete Arbeitskräfte, die mit den technischen Neuerungen umzugehen wissen. So verlangt schon heute der sachgerechte Umgang mit der avancierten, weithin automatisierten und computergesteuerten Maschinerie hochproduktiver Industrien den Arbeitskräften neben spezifischem Fachwissen, Kenntnisse sogenannter Schlüsseltechnologien, vorrangig jedoch Flexibilität und eine positive Einstellung zur *‚corporate identity'* ab. Die tayloristischen Verrichter repetetiver Teilarbeiten von ehemals wären solchen Anforderungen kaum gewachsen, denn es reicht nicht mehr, die Produktion am Laufen zu halten, sie muss beständig optimiert werden, und zwar von der Belegschaft selbst. So wie die Wissenschaft immer anwendungsorientierter wird, wird die Anwendung des Arbeitsvermögens immer wissenschaftlicher, zu einem andauernden Entwicklungsprozess.

Ist der Zwang zum technischen Wandel erst einmal zu einer Qualität des sachlichen Produktionsapparates verdinglicht, dessen Änderung Sachzwang, dann tritt die vermeintliche Unangemessenheit der individuellen Arbeitskraft an die Produkte ihrer gesellschaftlichen Anwendung notwendig auch ins ökonomische Bewusstsein, das nun den Schein der kapitalistischen Produktionsweise in naiver Weise zu seinem Gegenstand macht. Sie erscheint in der Form, dass Erziehung, Bildung und Ausbildung der Arbeitskraft wesentlich länger dauern als die Veränderung der Technik und ihre Verallgemeinerung. Der technische Wandel lässt sich unmöglich 25 Jahre im Voraus prognostizieren, also in etwa die Zeit, die inklusive Hochschulstudium die Heranbildung einer neuen Generation von Arbeitskräften in Anspruch nimmt. Die zeitliche Diskrepanz der Rhythmen des technischen Wandels und der Anpassung der Arbeitsvermögen an ihn, der selbst Ausdruck der Herrschaft vergegenständlichter, toter Arbeit über die lebendige unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ist, nötigt deshalb zu einer völligen Umgestaltung des sogenannten Bildungswesens (vgl. Heinsohn 1971, S. 96). Es ist dann aus ökonomischer Sicht nur folgerichtig, wenn nun Ökonomen dazu übergehen, sich dessen zu bemächtigen, was bisher als Domäne der Pädagogen galt:

„It should also be said that our task as educators is to provide instruction that will best serve students in adjusting their skills to the rapidly changing economy in which they live. Thus we ought to give a low rating to instruction that is spezific. We ought to give a high rating to learning principles and theories. We should give the highest priority to instructions devoted to problem-solving using analytical methods" (Schultz 1971, S. 151).[15]

15 Schultz sieht es als eklatanten Mangel der Wirtschaftswissenschaften an, dass sie sich bisher noch nicht der Problematik gestellt und noch keine Antworten erarbeitet hat, wie die Ausbildung auszusehen habe und wie dies zu realisieren sei.

Es fällt nicht schwer, alle gängigen Schlagworte der derzeitigen Bildungsdiskussion, wie man sie in fast allen Schulprogrammen finden kann, aus Schultz' Empfehlung abzuleiten – allen voran das des lebenslangen Lernens und der Vorbereitung darauf. Traditionelle, an bestimmten Gegenständen orientierte Wissensvermittlung wird ersetzt durch die Ausbildung sogenannter Kompetenzen, aus dem einfachen Grund, weil jedes bestimmte Wissen am Ende der Schullaufbahn bereits veraltet sein dürfte. In den Lehrplänen wird aus der Methode als dem Weg zum Gegenstand der Gegenstand zu einer Funktion des Methodischen.[16] Er dient nur noch der Erläuterung der Möglichkeiten des subjektiven Umgangs mit ihm. Die Methode, die Subjektivität gilt als Substanz, die Gegenstände als das, was wechseln kann. Das Subjekt selbst wird aber infolgedessen ebenso herabgesetzt, zum Inbegriff eines Baukastensystems, einer Ansammlung methodischer Kenntnisse, über die es jederzeit verfügen können soll. Jeder Gegenstand gilt genauso als bloßes Instrument wie jedes Wissen von ihm, das seinerseits als Instrument für weiteres Wissen einzusetzen ist, ohne dass noch irgendwelche Reflexion auf die gegenständlichen wie subjektiven Bedingungen der Möglichkeit solcher Instrumentalisierung gerichtet würde. Das macht die bruchstückhafte Kontinuität des technischen Wandels aus. Der generiert keineswegs ständig das Neue schlechthin, vielmehr folgt er geprägten Schemata, die auch technisch in einem Baukastensystem integriert sind. Letztlich tendiert die ihm angemessene und ihn voranbringende Bildung zu einer Art *ars combinatoria*. Dass immer mehr Arbeitskräfte auch die Hochschule durchlaufen müssen, bedeutet vor diesem Hintergrund nicht, dass damit der Anspruch auf allgemeine Bildung realisiert würde. Was dort und zuvor in den Schulen auch in den sogenannten geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern herangebildet wird, sind vorrangig Techniker, im besten Fall Technologen.

Während Schulen und Hochschulen zu Methodentrainingsanstalten verkommen, kommt andrerseits der Erziehung immer größere Bedeutung zu. In ihr muss die positive Einstellung zu einem Leben als allzeit fungible Arbeitskraft geprägt werden. Die Bereitschaft zu Flexibilität und lebenslangem Lernen verlangen nach frühkindlicher Charakterbildung. Eltern, die selbst nicht mit solchen Anforderungen konfrontiert wurden oder sie als Zumutungen einer sich verschlechternden sozialen Situation der Arbeitskräfte erfahren, dürften wenig geeignet sein, ihre Kinder adäquat zu motivieren. Auf die Motivation kommt aber alles an.

---

16 Noch vor wenigen Jahren bestanden die Lehrpläne vorrangig aus einer Auflistung der Gegenstände, die im Unterricht zu behandeln waren. Aus den neuen kompetenzorientierten Lehrplänen sind sie fast gänzlich verschwunden und durch folgende lapidare Bemerkung ersetzt worden: „Kompetenzerwerb erfolgt in Auseinandersetzung mit Inhalten." (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Berlin 2006, S. 10)

6.3 Integration der und durch die Familie

6.3.1 Von der Gewalt im Denken der Integration

Was missverständlicherweise unter dem Titel Neoliberalismus Eingang in Wirtschaft und Politik gefunden hat, trägt schon seinem theoretischen Selbstverständnis nach deutliche Züge totalitären Denkens. Gary Becker (vgl. 1996a, S. 21), einem der führenden neoliberalen Ideologen des Humankapitals zufolge sollen sich die Wissenschaften weniger durch ihre Gegenstandsbereiche als vielmehr durch ihre Denkweise unterscheiden. So erweitert sich das ökonomische Denken auf Gegenstände, die zuvor nicht dem Bereich der Ökonomie zugeordnet wurden. Becker glaubt demzufolge auch, dass sich so gut wie alles dem ökonomischen Ansatz erschließe. Das impliziert zum einen, dass, soll dieses Vorgehen ein *fundamentum in re* haben, alles, was wissenschaftlich betrachtet werden kann, dem Kapital reell subsumiert ist oder zumindest werden kann. Zum anderen werden dann dieselben Gegenstände vermittels disziplinär verschiedener Sichtweisen erschlossen und das wirkt liberal wie ein Plädoyer für die Vielfalt des Denkens, aber zugleich wird die gesamte Ökonomie von eben nur jener einen Richtung usurpiert, der des sogenannten *rational choice*-Ansatzes, der seinerseits durch seinen Namen signalisiert, dass rationales Verhalten in kalkulatorisch ökonomischem aufgehe. Rational denkt nur, wer davon ausgeht, dass der einzelne seine Wohlfahrt, so wie er sie sieht, maximiert (vgl. ebd., S. 22). Rational denkt damit auch nur, wer die Lehre von der subjektiven Wertbestimmung, die Grenznutzentheorie, als Grundlage akzeptiert und verwendet, um Phänomene ökonomisch zu analysieren.

Seinem Inhalt nach ist dieses ökonomische Denken nicht weniger totalitär. Vermittels der Kategorie des Humankapitals wird nicht nur der *„technical change“*, sondern die Quelle aller Verwertung erfasst und theoretisch integriert, die Arbeitskraft. Indem die ökonomische Ideologie des Kapitals die Arbeitskraft als Humankapital definiert, greift sie gewissermaßen über auf das, was notwendigerweise selbst nicht Kapital ist. Vermittels der Kategorie des Humankapitals wird die Arbeitskraft, noch bevor sie zum Markte getragen wird und noch außerhalb des Produktionsprozesses, in dem sie als variables Kapital zu fungieren bestimmt ist, zu Kapital erklärt, nicht nur ihrer Potenz nach, sondern in ihrem Sosein. Daraus folgt notwendig die Aufhebung der traditionellen Trennung von Arbeits- und Privatsphäre und, soweit die Öffentlichkeit in diesen Vorgang involviert ist, die Aufhebung zwischen Öffentlichem und Privatem. Das Private wird ökonomisch (vgl. Forster 2010, S. 107ff.). Es folgt ebenso daraus, dass die Arbeitskraft als Kapital und vermittels von Investitionen in sie modelliert werden muss. Da sie von ihrem Träger nicht zu trennen ist, bedeutet dies zugleich, dass dieser Träger, das Subjekt der Ware Arbeitskraft, zugerichtet werden muss. Dies zu denken, wirft, weil weder die Arbeitskraft Kapital ist, noch die Modellierung in Investitionen

sich erschöpft, innerhalb des ökonomischen Ansatzes ganz eigene Schwierigkeiten auf. Denn *'human capital'* unterscheidet sich als eigene Kapitalsorte von *'non-human capital'* in spezifischer Weise: „The principal characteristic that distinguishes human from other kinds of capital is that, by definition, the former is embedded or embodied in the person investing" (Becker 1993, S. 112). Der Akzent des Satzes liegt auf dem Wort *„person"*. Von theoretischer wie praktischer Relevanz ist, dass die Investitionen in Humankapital sich in Personen verkörpern und mit ihnen fest verschmolzen sind. Dass der Träger der Arbeitskraft Person ist, bedeutet, dass er über diese frei verfügen können muss, um auf dem Arbeitsmarkt als ihr Verkäufer auftreten zu können. Dass die Investitionen von ihm unablösbar sind, heißt, dass sie nicht weiterverkauft werden können, Erziehung, Bildung und Ausbildung keine möglichen Tauschwaren sind. Die Arbeitskraft und nicht nur ihre Anwendung, die Arbeit, dem Kapital zu subsumieren, käme somit der Abschaffung des Kapitalverhältnisses durch Einführung einer modernen Form von Sklaverei gleich. Dessen sind sich auch die Ideologen des Humankapitals bewusst.[17]

Die spezifische Form der Vergegenständlichung des investierten Kapitals stellt ein privatwirtschaftlich organisiertes System von miteinander konkurrierenden Einzelkapitalen unter der Bedingung, dass diese angesichts des gegebenen technischen Standes der Produktion auch auf spezifisch ausgebildetes Personal angewiesen sind, vor das grundsätzliche Problem, dass Investitionen in die Ausbildung der Belegschaft extrem risikoreich sind. Denn die Ausgebildeten können nach ihrer Ausbildung kündigen und zur Konkurrenz wechseln und dabei das investierte Kapital mit sich forttragen und ferner zum Nutzen des Konkurrenten einsetzen oder, unter der Drohung, sich derart zu verhalten, höhere Löhne fordern. Die Firma hätte dann nicht nur die Investition zu tragen, sondern, in der Sprache der Ökonomen, auch noch die Rendite aus dieser Investition an die Mitarbeiter weiterzugeben.

Unter diesen Voraussetzungen bleibt nur die Alternative, dass entweder die Personen selbst in ihr Arbeitsvermögen investieren und damit auch die Berechtigung erwirken, die Rendite einzustreichen, oder dass die Ausbildung gesellschaftlich organisiert werden muss. Die letztere Variante ist prinzipiell inkompatibel mit dem Investmentansatz, denn dem zufolge ist es nur gerecht, dass derjenige, der später von der Ausbildung zu profitieren hofft, auch die Investition tätigt. Eine gesellschaftliche Zuständigkeit impliziert hingegen, dass es sich bei den Aufwendungen für Bildung und Erziehung nicht um Investitionen, sondern um Kosten handelt, die entstehen, weil die zukünftigen Arbeitskräfte für die Technik der Zukunft tauglich gemacht werden müssen.[18]

---

17 Zu Recht wehren sich Schultz wie Becker gegen den Vorwurf, die Arbeitskräfte durch ihre Erfassung als Humankapital begrifflich zu versklaven (vgl. Schultz 1971, S. 26).

18 In Hamburg wehrten sich die selbsternannten Leistungsträger gegen eine allgemeine Verlängerung der Grundschulzeit, weil sie glaubten, mit ihren Steuergeldern, die zukünftigen Konkurrenten ihrer Kinder zu finanzieren.

Kompatibel mit dem Investmentansatz ist sie hingegen, wenn die sogenannte Frage der sozialen Gerechtigkeit ersetzt wird durch die nach der Effizienz. Dann dreht sich die Debatte eigentlich nur um technische Fragen, darum, ob eine gesellschaftliche bzw. staatlich organisierte Bildung insgesamt billiger und dem zu erreichenden Zweck angemessener ist als eine in privater Regie.[19] Zu welchen Lösungen man auch immer in dieser Debatte kommen wird, der Investmentansatz impliziert notwendig, dass die Kosten für Erziehung, Bildung, Gesundheit etc. unter dem Titel vermeintlicher Investitionen von den Firmen, vom Kapital, auf die arbeitenden Individuen, die Arbeitskräfte, übertragen werden (vgl. Heinsohn 1971, S. 154).

Aus den Kosten, die Erziehung und Bildung verursachen, weil sie nicht weiter tauschbare Konsumgüter sind, machen die Ideologen des Humankapitals Investitionen. Investitionen haben im Gegensatz zur Konsumtion einen ökonomischen Nutzen und gemäß dem ökonomischen Ansatz sind die Individuen, egal welches ihre Bedürfnisse sein mögen, Nutzenmaximierer. Sie investieren in Erziehung und Bildung mit dem Ziel der Vermehrung des vorgeschossenen Kapitals. Die Freiheit der *homines oeconomici* besteht darin, Investitionsenscheidungen zu treffen, d.h. ihr Geld(kapital) in diejenige Kapitalsorte zu lenken, die die höchste Ertragsrate verspricht. Eltern haben die Wahl, das, was sie ersparen können, in die Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu stecken oder es so anzulegen, dass sie ihnen ein Vermögen vererben können (vgl. Becker 1993, S. 92).

Der Sache nach beinhaltet die Umbenennung von Kosten in Investitionen nicht nur eine euphemistische Verklärung, sondern auch eine klare Anweisung bzw. Beschränkung für diejenigen, deren Kinder wie sie selbst nichts anderes als ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben werden, wie sie zu konsumieren haben. Der Utilitarismus des ökonomischen Ansatzes schlägt um in die Diktatur der Setzung inhaltlicher Zwecke, die die Individuen noch in ihrer Privatsphäre zum Frommen der bloßen Erhaltung der kapitalistischen Produktionsweise und damit ihrer eigenen Ausbeutung zu verfolgen haben.

Der Sachverhalt, dass Erziehung und Bildung keine Investitionen darstellen, sondern Kosten verursachen, bricht sich allerdings auch in der Ideologie des Humankapitals seine Bahn und nötigt ihre Propagandisten gerade in dem Bereich der Privatsphäre, den sie dank ihres Ansatzes neu der Ökonomie zu erschließen können glauben, zu einer Scheinlösung für eine gesellschaftliche Problematik, die die politische Umsetzung ihrer Vorschläge verschärfen muss. Da die Arbeitskräfte weder ihre Kinder zur Arbeit schicken dürfen,

19 Ein Einwand gegen die Zweckmäßigkeit staatlicher Organisation des Bildungswesens könnte im gegebenen Zusammenhang zum Beispiel sein, dass sie nur die allgemeinen bzw. produktionssphärenspezifischen Grundlagen der späteren Arbeitstätigkeit legen kann. Sie wird immer durch zumindest eine Einarbeitung und durch Weiterbildung, aufgrund des firmeninternen technischen Wandels, zu ergänzen sein. Dass in der derzeitigen Krise das Angebot des Kurzarbeitergeldes so bereitwillig angenommen wurde, mag darauf hinweisen, dass die Firmen solche Kosten als nicht gering einschätzen.

damit sie etwas zum Familienhaushalt beitragen, noch angesichts einer gesellschaftlichen Organisation ihrer Altersversorgung in einem Sozialversicherungssystem individuell auf die späteren Arbeitsleistungen ihrer Kinder angewiesen sind, mangelt ihnen jedes egoistische ökonomische Motiv, überhaupt Kinder aufzuziehen. Tatsächlich fehlt es nicht nur, sondern, wer Kinder in die Welt setzt, schadet sich selbst sowohl im Konkurrenzkampf um gut dotierte Stellen als auch durch die Einbußen, die am eigenen Konsumtionsfond zugunsten der Kinder hinzunehmen sind. Kinder sind in der BRD bekanntlich das Armutsrisiko Nummer 1.

Gary S. Becker muss deshalb zugestehen, dass in Bezug auf die Familie das alte liberalistische Credo, dass die Einzelnen durch Verfolg ihrer je eigenen, egoistischen Interessen, ohne es zu wissen und zu beabsichtigen, das allgemeine Beste hervorbringen, nicht länger trägt:

„Die Annahme des Eigennutzes in Markttransaktionen hat sich als sehr brauchbar erwiesen, hilft uns aber nicht weiter, wenn wir Familien verstehen wollen. Im Gegenteil, Familienhaushalte unterscheiden sich von Unternehmen und anderen Organisationen hauptsächlich dadurch, daß die Allokation innerhalb von Familien großteils durch Altruismen und dementsprechende Verpflichtungen bestimmt wird, während die Allokation in Unternehmen großteils durch implizite oder explizite Verträge zwischen eigennützigen Mitgliedern bestimmt wird. [...] Die Opfer von Eltern, die ihren Kindern helfen wollen, aber auch das umgekehrte Phänomen, so wie die Liebe, die Ehepartner in vielen Fällen verbindet, deuten auf die hochgradig persönlichen Beziehungen in Familien hin, die in anderen Organisationen üblicherweise nicht zu finden sind“ (Becker 1996b, S. 106).

Das Motiv der jetzigen Arbeitskräfte, sich um die künftigen angemessen zu kümmern, sei, so Becker, ihr Altruismus. Den Altriusmus an entscheidender Stelle in eine Theorie einzuführen, die auf der Grundlage des Egoismus zu beruhen schien, sei darum möglich und mit ihr vereinbar, weil sie tatsächlich gar keine Aussage über individuelle Motive beinhalte. Genau darin, dass die Individuen selbst darüber entschieden, was sie für sich selbst für nützlich hielten, bestünde ihre Freiheit, die die Theorie ihnen lasse (vgl. ebd.). Das wirkt wie ein eleganter Ausweg. Becker abstrahiert jedoch nicht nur vom Inhalt möglicher Motive, sondern auch von seinem Ausgangspunkt, davon, dass er den Altruismus einführen musste, weil eben gar kein ökonomischer Nutzen für die Eltern zu bezeichnen war. Dieser Begriff steht nicht nur für die Enthaltung der Theorie gegenüber der Unterstellung eines Motivs, sondern Becker unterstellt damit selbst den Eltern ein bestimmtes Verhalten. Sie, der Gegenstand des Theoretikers, müssen tun, was er tut, sie müssen von ihrem Eigennutz abstrahieren, wenn sie Kinder in die Welt setzen. Der Theoretiker des Humankapitals entlässt also keineswegs die Individuen in die Freiheit, nach ihrem Gutdünken zu handeln, vielmehr verpflichtet er sie dazu, von ihrem eigenen Nutzen abzusehen. Kaschiert wird diese Verpflichtung dadurch, dass darauf verwiesen werden kann, dass es solches Verhalten tatsächlich gibt. Becker verdeckt damit aber nur, dass Eltern-, Kinder- und Gat-

tenliebe für die Wirtschaftswissenschaft ein vollkommenes Rätsel bleiben müssen, weil sie aus Sicht des Nutzenkalküls völlig irrational sind.

Vom Inhalt der Motive muss die Grenznutzenlehre abstrahieren, voraussetzen muss sie allerdings trotzdem, dass sie solche haben. Die Individuen sind Nutzenmaximierer. Auch wenn sich der Ökonom nicht darum kümmert, welchen Nutzen sie haben, irgendeinen müssen sie haben. Auf die individuelle Rationalität des *homo oeconomicus* kommt im *rational choice*-Ansatz schließlich alles an. Scheitert das ökonomische Denken daran, einen Nutzen zu benennen, scheitert es insgesamt. Und dieser Nutzen muss immer der einzelner, nicht auswechselbarer Individuen sein. Es muss also ein Nutzen der Eltern benannt und ihr Altruismus an ihren Egoismus zurückgebunden werden. Darum führt ihn Becker bei seiner Definition des Altruismus wieder ein: „Dabei heißt ‚altruistisch', daß der Nutzen der Eltern vom Nutzen der Kinder abhängt" (Becker 1996b, S.106). Die Eltern bringen Opfer für ihre Kinder oder, genauer bezogen auf die Grenznutzenlehre, sie müssen den vom Nutzen der Kinder abhängigen eigenen Nutzen als höher einschätzen als ihren Eigennutzen.

Becker arbeitet bei seiner Definition des Altriusmus wie generell die Grenznutzenlehre mit einer Äquivokation im Begriff des Nutzens (vgl. Bucharin 1926, S. 69ff.). Der Nutzen kann der irgendwelcher Gebrauchswerte sein oder der ökonomische Nutzen eines Kapitals, das einen Zins abwirft. Da Altruismus den Eltern gerade deswegen unterstellt wird, weil Erziehung und Bildung ihrer Kinder auch als Investition für sie immer nur Kosten verursachen, muss die Definition Beckers bedeuten, dass der ökonomische Nutzen der Kinder einen wie immer gearteten nicht-ökonomischen Nutzen der Eltern beinhalte. Die Gleichung, die die Definition aufmacht, ist eine Ungleichung, die abhängige Größe, der Nutzen der Eltern eine andere als die unabhängige, der Nutzen der Kinder.

Nun haben nicht nur die Eltern, sondern auch ihre Kinder während ihrer Erziehungs- und Schulzeit keinerlei ökonomischen Nutzen von den getätigten Investitionen und auch die Aussicht darauf kann man wegen der Nichtprognostizierbarkeit des technischen Wandels oder der Anwendbarkeit des künftigen Arbeitsvermögens nicht als reellen Nutzen betrachten. Selbst wenn man annehmen wollte, die Eltern erfreuten sich an der Wohlerzogenheit und zunehmenden Bildung ihrer Kinder, wären der Nutzen solcher Freude und der zukünftige ökonomische Nutzen der Kinder nicht nur völlig verschiedener, sondern geradezu gegensätzlicher Natur, weil die Eltern dabei von letzterem abstrahieren würden.

Einen ökonomischen Nutzen können Eltern wie Kinder nur nach dem Erziehungs- und Bildungsprozess haben: die Kinder, indem sie verdienen; die Eltern, indem sie nicht weiter investieren müssen. Auch in diesem Fall, dem einzigen, in dem der Nutzen auf beiden Seiten gleichartig, weil ökonomisch ist, ist er jedoch von gegensätzlicher Art. Während die Eltern, um die Kosten

gering zu halten, darauf achten müssen, dass die Kinder schnellstmöglich aus dem Haus kommen und selbst ihren Unterhalt bestreiten, muss denen daran gelegen sein, eine möglichst umfassende Bildung zu erlangen, damit sie Zugang zu hoch dotierten Stellen erhalten.

Wie man es dreht und wendet, die theoretische Abstraktion im Begriff des Altriusmus erweist sich als Abstraktion von den realen Gegensätzen innerhalb der Familie auf der Basis dessen, dass diese die Kosten für die Kinderaufzucht zu tragen hat. Er fungiert nur als Lückenfüller für die Absenz jeglichen ökonomischen Nutzens solcher Tätigkeit. Er ist die Leerformel für die aus ökonomischer Sicht völlig unerklärliche Tatsache, dass diejenigen, die in der Wirtschaftswissenschaft nur noch als Verwerter des Werts figurieren, obwohl sie sich damit ökonomisch schaden, immer noch Kinder produzieren und aufziehen. Das nötigt dazu, selbst die Arbeit der Vertreter der Humankapitaltheorie zu machen und genauer zu untersuchen, was denn solcher Altriusmus der Eltern als Abstraktion vom Eigennutz beinhalte.

6.3.2 Von der Gewalt der Praxis der Integration

In der BRD gestaltet sich derzeit die Nachwuchsvorsorge so, dass gewisse Anreize wie das Elterngeld gegeben werden, um Paare zu veranlassen, Kinder zu zeugen. Danach, soweit es um die Qualifizierung der künftigen Arbeitskräfte geht, kommt das vermeintliche Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder weitgehend einer staatlich verordneten Pflicht gleich (vgl. Heinsohn 1971, S. 153). Es werden deshalb vor allem jene animiert, Kinder zu bekommen, die sich deren Erziehung und Bildung auch leisten können. Die Rechte der anderen, derjenigen, die es sich nicht leisten können, aber trotzdem Kinder machen, sollen hingegen eingeschränkt werden. Die Erziehung ihrer Kinder soll – weitgehend zumindest – unter staatlicher Aufsicht stattfinden. Universell verbrämt wird durch Euphemismen wie Evaluation, Qualitätsmanagement oder frühkindliche Förderung der regelnde Zugriff und die Kontrolle entweder der Eltern, ob sie denn auch genug an der eigenen Konsumtion für ihre Kinder abknapsen, oder der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, ob sie denn effizient und zielführend im Sinne späterer Anwendbarkeit ihrer Zöglinge fungieren. Die Politik von Frau von der Leyen ist nicht rassistisch, weil sie den CDU-Stammwählern weitere Ausgaben für die Familie schmackhaft machen muss, indem sie suggeriert, dass nur deutsche Akademikerinnen die fleißigen und zuverlässigen Arbeiter von morgen produzieren können, sondern aus rein ökonomischem Kalkül. Die sogenannten Besserverdienenden sind diejenigen, die die nötige Ausbildung selbst finanzieren können und der Rassismus des Elterngeldes ist der Weg, wie notwendige Sozialausgaben niedrig gehalten werden können.

Es bleibt aber nicht bei der Teilung in diejenigen, die auf Nachprüfbarkeit bestehen können, ob ihr Geld in Kindergärten und Schulen gut angelegt

ist, und diejenigen, denen Auflagen gemacht werden. Es transformiert sich das Familienmodell insgesamt. Dies war traditionell an der bürgerlichen Familie orientiert. In ihr gab es stets ein veritables Motiv für Nachwuchs, denn im Gegensatz zu jenen, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, verfügte die bürgerliche Familie über produktives Eigentum, das, sollte es als Kapital weiter fungieren, an jemanden vererbt werden musste, der die Firma weiterführen konnte. Darüber hinaus war hier tatsächlich die Altersversorgung der Eltern vom Fortbestand des Betriebes abhängig. Beckers Altruismusformel ergibt dann einen gewissen Sinn, wenn man sie auf solche Verhältnisse anwendet. Denn dann ist der ökonomische Nutzen für die Kinder auch einer der Eltern, so wie umgekehrt die Kinder vom ökonomischen Nutzen der Eltern profitierten, die dank des heimischen Betriebs die Erziehung und Bildung der Kinder bestreiten konnten. Nur hat dann der Ausdruck Altruismus einen anderen Sinn. Er bezieht sich unter solchen Bedingungen nicht auf die Kinder, sondern auf die Familie. Als deren Sachwalter fungieren die Eltern, und ihre Kontinuität wird durchs Familienvermögen garantiert. Letzteres bildet dann die Substanz der Familienbeziehungen. Der Vater sieht in ihm, oder genauer: im *capital fixe* der Firma, seine lebenslange Ausbeutungsleistung vergegenständlicht und zwingt den Sohn autoritär dazu, diese Arbeit über sein Lebensende fortzuführen. Sachlich ist dies Autoritätsverhältnis in der langen Umschlagszeit des *capital fixe* und der Notwendigkeit seiner beständigen Reproduktion begründet, irrationell aus Sicht der Produktionsverhältnisse ist es jedoch, insofern die Produktionsanlagen nicht als Kapital betrachtet werden. Die Verwertung des Vermögens ist nicht an ein besonderes, einzelnes *capital fixe* gebunden und die Kontinuierung des Familienbetriebs wird sogar zu einem Risiko, wenn aufgrund technischen Wandels die Maschinerie schneller moralisch als durch ihren Gebrauch verschleißt. Den Kindern fällt somit zwar die Aufgabe zu, das Familienvermögen zu mehren, aber diese Aufgabe ist nicht identisch mit der Fortführung eines bestimmten Unternehmens. Deshalb wird in Beckers Definition des Altruismus, der Nutzen der Eltern von dem der Kinder abhängig gemacht. Der Investmentansatz beinhaltet, dass das Familienvermögen als zu vererbendes Kollektivvermögen aller Familienmitglieder, das immer nur zeitweise vom Familienvorstand verwaltet wird, aus Sicht der Kinder als zu investierendes Kapital und nicht aus Sicht der Eltern als Kapital, in das zu investieren sei, betrachtet wird. Mit ihrer Substanz lösen sich auch die Familienbeziehungen, ihr Zweck fällt zusammen mit dem allgemein gesellschaftlichen der Verwertung des Werts.

Umgekehrt kann nur investiert werden in das, was zuvor produziert wurde. Das bestimmt die Sicht der Gegenseite, das Arbeiterbewusstsein. Dass die Rente der früher Arbeitenden vermittels einer Umlagenversicherung durch die Arbeit der jetzt Arbeitenden finanziert würde, ist nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich müssen die Güter, die sie konsumieren, dann produziert werden, wenn sie sie konsumieren – das gilt auch für jede Versicherung mit Kapital-

deckung und deswegen sind die Unterschiede in den Versicherungstypen Schein. Aber ein Anrecht auf diese Rente haben sie, weil sie die Produktionsmittel produzierten, mit dem ihre Nachkommen auf erweiterter Stufenleiter jene Konsumtionsmittel produzieren. Ihre zukünftige Rente ist im gesellschaftlichen *capital fixe* vergegenständlicht, das sie geschaffen haben. Sie haben so ein veritables Interesse daran, die Jungen in dessen Verwertungsprozess zu pressen.

Eine formelle Subsumtion der Arbeitskraft vor ihrer Anwendung unters Kapital ist nicht möglich, weil sie das Kapitalverhältnis in Sklaverei aufheben würde. Theoretisch wird die Schwierigkeit dadurch behoben, dass die Arbeitskraft außerhalb des Produktionsprozesses nicht subsumiert, sondern mit dem Kapital identisch gesetzt wird. Das irrationale Identisch-Setzen von innerhalb des Verhältnisses Nichtidentischem stellt sich in der Praxis und für die Arbeitskräfte als ökonomischer Imperativ der Identifikation nicht mehr mit dem Vater, auch nicht mit der Nation, sondern mit der abstrakten Verwertung des Werts dar. Die Arbeitskräfte müssen sich selbst versklaven und sofern sie dies noch nicht können, weil sie noch Kinder sind, müssen der Staat und die Eltern sie zu Selbstausbeutern erziehen. Altruistisch verhalten sich die Eltern in Bezug auf eine Gesellschaft unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen, für deren auch zukünftiges Bestehen sie durch Zurichtung ihrer Kinder und eigene Askese sorgen. Die notwendige Identifikation empirischer Individuen mit dem nackten Prinzip der Verwertung ohne weitere Vermittlung generiert ein ökonomisches Regime, zu dessen Erhaltung der bloße ökonomische Zwang nicht zureicht, sondern das sich strukturell zunehmend auf die Anwendung direkter Gewalt stützen muss.

Literatur

Anders, Günther (1983): Die Antiquiertheit des Menschen, 1. Bd., München

Becker, Gary S. (1993): Human Capital, Chicago/London

Becker, Gary S. (1996a): Die ökonomische Sicht menschlichen Verhaltens, In: Ders.: Familie, Gesellschaft und Politik – die ökonomische Perspektive, Tübingen

Becker, Gary S. (1996b): Die ökonomische Analyse der Familie, In: Ders.: Familie, Gesellschaft und Politik – die ökonomische Perspektive, Tübingen

Bensch, Hans-Georg (1995): Vom Reichtum der Gesellschaften, Lüneburg

Brecht, Bertolt (1991): Der Aufstieg des Aturo Ui, In: Ders.: Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe, Stücke 7, Frankfurt a.M.

Bucharin, Nikolai (1926): Die politische Ökonomie des Rentners. Die Wert und Profittheorie der österreichischen Schule, Berlin/Wien

Bulthaup, Peter (1973): Die gesellschaftliche Funktion der Naturwissenschaften, Frankfurt a.M.

Forster, Edgar (2010): Postdemokratie, Humankapital und politische Handlungsfähigkeit, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 35/2, S. 104-120.

Foucault, Michel (2004): Geschichte der Gouvermentalität II. Die Geburt der Biopolitik, Frankfurt a.M.
Fraser, Nancy (2005): Frauen, denkt ökonomisch! In: taz, 25.05.2005
Heinsohn, Gunnar (1971): Vorschulerziehung in der bürgerlichen Gesellschaft. Geschichte, Funktion, aktuelle Lage, Frankfurt a.M.
Hirsch, Joachim (1971): Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt a.M.
Marx, Karl (1976): Das Kapital, 1. Bd., Frankfurt a.M.
Marx, Karl (1987): Das Kapital, 3. Bd., Berlin
Marx, Karl (1969): Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Frankfurt a.M.
Marx, Karl (1983): Grundrisse einer Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx Engels Werke, Bd. 42, Berlin
Schultz, Theodore (1971): Investment in Human Capital, New York
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Berlin (2006): Rahmenlehrplan für die Sekundarstufe I Deutsch, Berlin
Smith, Adam (1974): Der Wohlstand der Nationen, München